

Taiwan Newsletter



Dr. Lee Teng-hui ist verstorben

Taiwan trauert um seinen ersten demokratisch gewählten Präsidenten, Dr. Lee Teng-hui. Lee war zwischen 1988 und 2000 Taiwans Präsident und führte Taiwan durch eine schnelle und friedliche Demokratisierung. Viele bezeichneten ihn als „Vater der Taiwaner Demokratie“ oder als „Mr. Democracy“. Lee war im Februar mit Lungenentzündung diagnostiziert worden und für mehr als fünf Monate intubiert gewesen, als er am Donnerstag, 30. Juli, im Alter von 97 Jahren an den Folgen eines septischen Schocks und mehrfachem Organversagen starb.

Der unter der japanischen Kolonialherrschaft geborene Lee war ein Veteran des 2. Weltkrieges in der japanischen Armee, der in Japan und den Vereinigten Staaten studiert hatte. Er trat 1971 der nationalistischen Partei Kuomintang (KMT) bei und wurde vom KMT Präsidenten Chiang

Ching-kuo als dessen designierter Nachfolger gefördert. 1984 wurde er von Chiang als Vizepräsident nominiert und nach Chiangs Tod 1988 wurde er der erste Präsident, der in Taiwan geboren war. 1990 bestätigte die Nationalversammlung Lee für eine volle sechsjährige Amtsperiode. Wenige Tage vor seinem offiziellen Amtsantritt am 21. März besetzte eine pro-demokratische Demonstration, die sich selbst die Wilde-Lilien-Bewegung nannte, den Platz vor der Chiang Kai-shek Gedächtnishalle in Taipei. Mit den Bildern der Studentenproteste auf dem Tiananmenplatz in Beijing vom vorigen Jahr noch frisch im Gedächtnis lud Lee eine Delegation von 50 studentischen Wortführern zu Gesprächen ins Präsidialamt ein und verpflichtete sich zu einer Bandbreite von demokratischen Reformen, die im Sommer begannen.

In den darauffolgenden Monaten und Jahren gelang es Lee, konstitutionelle Veränderungen durchzuführen, die den Grundstein für Taiwans heutige Demokratie legten, darunter die Einführung der direkten Präsidentschaftswahl durch das Volk, die Reform der später aufgelösten Nationalversammlung und die Abschaffung einer Reihe von Exekutivvollmachten, die als „temporäre Massnahmen gegen die kommunistische Revolution“ bekannt waren. Er gewann in der Folge die ersten freien demokratischen Wahlen in Taiwan mit einem deutlichen Vorsprung von 54 Prozent der Stimmen, bei einer Wahlbeteiligung von 76 Prozent.

In seinem späteren Leben wurde

Lee zu einem prominenten Verfechter der Taiwaner Identität und des Taiwaner Staatswesens. Wir ehren Lee Teng-huis bedeutenden Beitrag zu Demokratie, wirtschaftlicher Entwicklung und den Menschenrechten in Taiwan. Sein Vermächtnis lebt in der pulsierenden Gesellschaft des heutigen Taiwans.



Taiwan lockert Einreisebestimmungen für Ausländer

Taiwans Einreisebestimmungen für ausländische Staatsbürger wurden am 29. Juni im Rahmen von Bemühungen der Regierung der Republik China (Taiwan), das Land schrittweise wieder zu öffnen und wirtschaftliche Aktivität in der Phase nach dem Höhepunkt der Corona-Krise anzukurbeln, abgeändert.

Reisende, die zu anderen Zwecken als Tourismus oder reguläre gesellschaftliche Besuche nach Taiwan kommen möchten, können in ausländischen Vertretungen eine Genehmigung beantragen, teilte das Außenministerium in Taipeh mit. Anträge von Studierenden und Personen, die Chinesisch-Sprachkurse belegen wollen, müssen die Bedingungen des Bildungsministeriums erfüllen, ergänzte das Außenministerium.

Darüber hinaus sind alle Nicht-Staatsbürger verpflichtet, ein Zertifikat über einen negativen

Coronavirus-Test (COVID-19) in englischer Sprache vorzulegen, das binnen drei Arbeitstagen vor dem Abflug nach Taiwan ausgestellt wurde, und nach der Ankunft müssen sie für 14 Tage in Heim-Quarantäne, verlautete die Behörde. Taiwan hält im Rahmen seiner Reaktion auf die Coronavirus- Pandemie seit dem 19. März seine Grenzen für die meisten ausländischen Staatsbürger geschlossen, wobei Ausnahmen gelten für Ausländer mit einer gültigen Aufenthaltsberechtigung oder Besucher, die sich in genehmigten Geschäften, auf diplomatischen Einsätzen oder sonstigen Sonderaufträgen betätigen.

MAC kritisiert Paragraf in Hongkongs Nationalem Sicherheitsgesetz

Paragraf 43 in Hongkongs Nationalem Sicherheitsgesetz wurde von Taiwans Rat für Festlandangelegenheiten (*Mainland Affairs Council*, MAC) — einer Behörde in Ministeriumsrang — am 7. Juli, als die Regelungen für die Umsetzung des Gesetzes in Kraft traten, scharf kritisiert. Unter den neuen Klauseln ist die Polizei in Hongkong ermächtigt, von politischen Organisationen und Vertretern des Auslands (darunter Taiwan) zu verlangen, dass sie Informationen über ihre Aktivitäten in Bezug auf Hongkong geben, um Ermittlungen über etwaige Verstöße gegen das Gesetz zu ermöglichen.

Der MAC kommentierte, die Regel sei überzogen und in gefährlicher Weise ungenau, außerdem komme damit eine hochgradige Geringschätzung gegenüber Taiwans politischen Parteien, nichtstaatlichen Gruppierungen, Organisationen und Bürgern zum Ausdruck, die in

Hongkong ansässig seien. Der Schritt sei ein beispielloser Versuch einer totalitären Macht, ihren Zensurbereich auszudehnen, und werde Panik unter Taiwanern, die in Hongkong leben, auslösen, gleichzeitig werde normaler Umgang und Austausch zwischen den beiden Seiten unterdrückt, ergänzte die Behörde.

Wie der MAC verlautete, ist Taiwan über die Lage in Hongkong besorgt, hat jedoch davon abgesehen, sich in die Angelegenheiten dort einzumischen. Entsprechend sollte Hongkong vermeiden, politischen Einfluss auf taiwanische Institutionen auszuüben und das Verhältnis über die Taiwanstraße zu untergraben, mahnte der MAC.

Weiter hieß es aus dem MAC, die Regierung der Republik China (Taiwan) werde keine Mühen scheuen, mit Juristen, Ländern und Territorien in aller Welt daran zu arbeiten, die Rechte, Sicherheit und Freiheit taiwanischer Staatsbürger und Organisationen in Hongkong zu schützen.

In diesem Sinne äußerte sich auch Staatspräsidentin Tsai Ing-wen am 7. Juli in Taipeh. Tsai erklärte, die Regierung behalte die jüngsten Entwicklungen in Hongkong genau im Auge und erwäge, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, sollte der Vollzug des Gesetzes jegliche negative Auswirkungen auf Taiwan und seine Menschen haben. Die Präsidentin bekräftigte ferner ihre Missbilligung des Gesetzes und stellte klar, es höhle die Rechte und die Freiheiten der Menschen in Hongkong aus. Das Nationale Sicherheitsgesetz für Hongkong wurde am 30. Juni durch Chinas Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses in Beijing verabschiedet und trat noch am gleichen Tag in Kraft.



Dritte Menschenrechtsberatung zwischen Taiwan und EU

Die dritte Menschenrechtsberatung zwischen Taiwan und der Europäischen Union (EU) wurde am 15. Juli per Videokonferenz durchgeführt, was die Entschlossenheit der beiden Seiten hervorhebt, Universalwerte voranzubringen.

Die eintägige Veranstaltung wurde gemeinsam vom Minister ohne Geschäftsbereich Lo Ping-cheng sowie seinen EU-Kollegen Luisa Ragher, Leiterin der Menschenrechtsabteilung im Europäischen Auswärtigen Dienst (European External Action Service, EEAS), und dem Leiter der EEAS-Abteilung für China, Hongkong, Macau, Taiwan und die Mongolei Jonathan Hatwell geleitet.

Die Offiziellen besprachen ein breites Spektrum von Themen, darunter die Todesstrafe, Gleichberechtigung der Geschlechter, ferner faire Behandlung für Gastarbeiter und Angehörige der LGBTI-Gemeinschaft.

Laut einer gemeinsamen Pressemitteilung, die vom Außenministerium der Republik China (Taiwan) und dem Europäischen Wirtschafts- und Handelsbüro (European Economic and Trade Office, EETO) verbreitet wurde, bekräftigten die beiden Seiten die gemeinsamen Werte Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Taiwan und

die EU betonten außerdem die Bedeutung von Dialog, Kooperation und Solidarität bei der Unterstützung dieser Universalwerte und beim Umgang mit den Herausforderungen, die sich aus der Coronavirus-Pandemie ergeben, hieß es in der Mitteilung.

Während der Beratung stellte Taiwan seine Fortschritte bei der Annahme des ersten Menschenrechts-Aktionsplans des Landes und dem Aufbau einer Nationalen Menschenrechtskommission vor, während die EU ihren Aktionsplan zu Menschenrechten und Demokratie 2020-2024 skizzierte.

Die EU begrüßte Taiwans Vorwärtskommen in Richtung Vollendung eines nationalen Aktionsplans für Wirtschaft und Menschenrechte. Besonders lobten europäische Repräsentanten die Anstrengungen für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen auf Fischerbooten im Einklang mit dem Übereinkommen Nr. 188 der Internationalen Arbeitsorganisation — eine Initiative, welche vom EU-Projekt Technischer Beistand und Informationsaustausch unterstützt wird.

Hinsichtlich des Themas Todesstrafe wiederholte die EU ihre seit langem aufrechterhaltene Ablehnung. Beide Seiten überprüften zudem die Zustände in Haftanstalten und Gefängnissen in Taiwan sowie Schutz der Menschenrechte von Taiwanern, die in der EU festgenommen oder inhaftiert wurden.

Die Repräsentanten einigten sich darauf, die Zusammenarbeit und den Austausch bei den Punkten, welche bei der Videokonferenz angesprochen worden waren, fortzusetzen, und es gibt Pläne, im kommenden Jahr eine reguläre Konferenz durchzuführen, sofern die Umstände dies

zulassen.



Über 2,4 Millionen Antragsteller holen am 1. Tag Kaufgutscheine ab

Seit dem 15. Juli können berechtigte Personen die von der Regierung der Republik China (Taiwan) ausgegebenen Drei-fachanregungs-Kaufgutscheine (Triple Stimulus Vouchers, TSV) abholen, und nach Auskunft des Wirtschaftsministeriums taten dies am ersten Tag 2,4 Millionen Antragsteller.

Mit den Gutscheinen, die bis zum 31. Dezember 2020 gültig sein werden, kann man eine Vielzahl von Gütern und Dienstleistungen bezahlen. Dazu gehören Transaktionen auf autorisierten Websites für Online-Einkauf und in regulären Geschäften sowie Ausgaben im Zusammenhang mit Reisen, Taxifahrten, Eisenbahn-Fahrscheine und Eintrittskarten für Kunstausstellungen und sportliche Aktivitäten.

Alle Staatsbürger der Republik China (Taiwan) und ihre ausländischen Ehepartner können pro Person für eine Zahlung in Höhe von 1000 NT\$ (29,72 Euro) aus eigener Tasche Gutscheine im Wert von 3000 NT\$ (89,18 Euro) beziehen.

Mit den TSVs soll die wirtschaftliche Aktivität im Inland während Taiwans Übergang in die Zeit nach dem Höhepunkt der Coronavirus-Pandemie angeregt werden. Die Maßnahme ist ein Kernelement der laufenden Poli-

tik der Regierung in Taipeh, die Auswirkungen von COVID-19 abzuschwächen. Fälle von Ansteckung mit dem Virus waren erstmals Ende vergangenen Jahres in der chinesischen Millionenstadt Wuhan gemeldet worden.

US-Gesundheitsminister Alex Azar plant Taiwan-Besuch

Eine US-amerikanische Delegation unter der Leitung von Alex Azar, Ressortchef des Ministeriums für Gesundheitspflege und soziale Dienste der USA, wird im Rahmen von Bemühungen beider Seiten, die Zusammenarbeit im medizinischen Bereich zu stärken, voraussichtlich vom 10. bis 13. August Taiwan besuchen, teilte das Außenministerium der Republik China (Taiwan) am 5. August mit.

Azar wird gemäß den Planungen mit Staatspräsidentin Tsai Ing-wen, Außenminister Jaushieh Joseph Wu und seinem taiwanischen Amtskollegen Chen Shih-chung zusammentreffen. Ferner wird er das zentrale Epidemiekommandozentrum unter dem Ministerium für Gesundheit und Soziales in Taipeh besichtigen und Gespräche mit medizinischen Fachleuten führen.

Nach Auskunft des Außenministeriums hat Azar sich seit seinem Amtsantritt im Januar 2018 energisch für Taiwans Beteiligung in internationalen Organisationen eingesetzt, darunter an der Weltgesundheitsorganisation und den damit zusammenhängenden Aktivitäten, Mechanismen und Konferenzen. Mit seinem Besuch wird Azar das höchststrangige Kabinettsmitglied der USA, das Taiwan seit 1979 beeht, und es wäre die erste offizielle Taiwan-Reise eines US-Kabinettsmitgliedes seit sechs Jahren.